

IM BLICKPUNKT: Zensur im Internet



Negative Entwicklung **Gegenmaßnahmen**
Gründe für Zensur **Auf gesellschaftlicher Ebene**
Zwischen Zensur und Selbstzensur **Situation in Deutschland**
Auf technischer Ebene **Problematische Sperrlisten**





Zensur im Internet

Zwei Wochen lang konnten Menschen in der Türkei das soziale Netzwerk Twitter nicht nutzen: Im März 2014 hatte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan die Website sperren lassen, als sich vor den Kommunalwahlen immer wieder Korruptionsvorwürfe im Internet verbreiteten. Schließlich urteilte das türkische Verfassungsgericht, dass die Twitter-Sperre gegen die Meinungsfreiheit verstoße und aufgehoben werden müsse. Auch diese Entscheidung kritisierte Erdogan öffentlich.

Die Twitter-Sperre in der Türkei ist eines der bekanntesten Beispiele für Zensur im Internet, die nicht nur in autoritären Ländern stattfindet. Am 12. März 2014, dem Welttag gegen Internetzensur, veröffentlichte die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ wieder einen Bericht zu den Feinden des Internets. Weltweit werden 19 Länder benannt und zum ersten Mal sind auch Demokratien wie die USA und Großbritannien vertreten. Diese Länder nutzen geheimdienstliche Programme, um alle Aktivitäten im Internet zu überwachen. Auf diese Weise wird bei Internetnutzern die Selbstzensur gefördert, um sich vor möglichen Konsequenzen zu schützen.

Jede Form der Zensur im Internet schränkt die freie Meinungsäußerung und -bildung der Menschen in einem Land ein. Somit wird gegen die allgemeinen Menschenrechte verstoßen, die im Artikel 19 die freie Meinungsäußerung einräumen, und zwar um „über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

Negative Entwicklung

Dieses Menschenrecht wird im Internet immer mehr missachtet: „Reporter ohne Grenzen“, „Freedom House“ und die „OpenNet Initiative“ sind unabhängige Organisationen, die regelmäßig analysieren, wie sehr das Internet in einzelnen Ländern zensiert wird. Und alle aktuellen Berichte haben eine negative Bilanz: Die Zensur im Internet nimmt rasant zu und wird vielfältiger sowie restriktiver.

Zudem wird Zensur nicht nur in autoritär, sondern auch in demokratisch geprägten Ländern ausgeübt: „Even a number of democratic states have considered or implemented various restrictions in response to the potential legal, economic and security challenges raised by new media“, berichtet Freedom House. Die Organisation hat insgesamt 60 Länder untersucht und festgestellt, dass sich die Internetfreiheit in 34 Ländern – also in mehr als der Hälfte – verschlechtert hat (Stand: Oktober 2013). Entsprechend werden nur noch 17 Länder als „frei“, 29 Länder als „teilweise frei“ und 14 Länder als „nicht frei“ eingestuft. Bereits vor der Twitter-Sperre galt die Türkei nur als „teilweise frei“. Am strengsten kontrolliert ist das Internet in China, Kuba und Iran. Auch die „OpenNet Initiative“ bestätigt, dass Zensur im Internet in immer mehr Ländern stattfindet.

Weiterhin treten immer mehr Gesetze in Kraft, welche die Internetfreiheit beschneiden. Negative Aussagen zu politischen, gesellschaftlichen oder religiösen Themen werden verboten oder das Beleidigen von nationalen Persönlichkeiten unter Strafe gestellt. Auch der Schutz von Kindern und Minderheiten wird angeführt, um Zensur im Internet zu legitimieren. Denn die Gesetze sind häufig so formuliert, dass sich kaum konkrete Grenzen ziehen lassen und viel Spielraum für richterliche Entscheidungen darüber besteht, was im Internet unzulässig sei. Letztendlich dienen solche Gesetze selten ihrem Zweck, sondern werden genutzt, um gegen systemkritische Meinungen – speziell von Bloggern und Online-Journalisten – vorzugehen. „Freedom House“ hat ermittelt, dass entsprechende Gesetze in 24 Ländern existieren.

Gründe für Zensur

Diese negative Entwicklung hat Gründe: Das Internet ist für immer mehr Menschen und in fast allen Ländern der Welt verfügbar – nach Schätzungen der International Telecommunication Union haben rund 2,7 Milliarden Menschen einen Zugang zum Internet. Dieser wird in vielen Ländern aus politischen, sozialen und religiösen Gründen zensiert.

Soziale Netzwerke und Zensur

Ein wichtiges Ziel von Zensur sind die sozialen Netzwerke, die meist komplett blockiert sind. Eine „Blanko“-Sperrung für diese Dienste besteht laut „Freedom House“ in 19 Ländern. Bekanntes Beispiel ist China, das eine umfassende Zensur im Internet ausübt. Diese „Great Firewall of China“ sperrt Facebook, Twitter und Youtube. Das gilt auch für Nordkorea und den Iran. In diesen Ländern haben sich teilweise eigene, abgeschottete soziale Netzwerke entwickelt: In China sind als Alternative zu Twitter viele Microblogging-Dienste unter der Bezeichnung „Weibo“ entstanden, die auch inhaltlich beeinflusst und kontrolliert werden. In Vietnam sind Facebook und Wordpress, eine webbasierte Software für Blogs, von der Zensur betroffen. Auch in der Türkei ist Youtube mehrere Jahre nicht erreichbar gewesen, weil Videos, welche vermeintlich das Türkentum und den Staatsgründer Atatürk beleidigten, nicht entfernt wurden.

Autoritäre Regierungen möchten die eigene Macht erhalten und Informationen sowie Meinungen, welche diesen Status gefährden können, unterdrücken. Proteste durch die Bevölkerung sollen verhindert werden, deshalb wird die Zensur im Internet auch damit begründet, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bevölkerung vor Systemgegnern zu schützen.

Immer wieder nimmt die Zensur aus politischen Gründen punktuell zu, beispielsweise in der Zeit vor Wahlen oder wenn es zu Demonstrationen und Protesten in der Bevölkerung kommt. Dann werden Nachrichten im Internet stark gefiltert, um die aktuellen Geschehnisse zu unterdrücken oder einseitig aus Sicht der Regierung darzustellen. Zudem hat die Verbreitung und Nutzung von sozialen Netzwerken schon zu politischen und gesellschaftlichen Revolutionen geführt, nachdem sich Demonstrationen und Proteste durch Bürger in Echtzeit über das Internet verbreitet und weitere Menschen aktiviert haben.

Die sozialen Gründe für Zensur im Internet sind sehr vielfältig: Es sollen kulturelle, traditionelle und moralische Werte geschützt und gewahrt werden. Damit wird nicht selten die Internetfreiheit beschnitten und auch der gesellschaftliche Fortschritt gehemmt. Zum Beispiel werden (homo)sexuelle und emanzipatorische Inhalte sowie religiöse Ansichten gefiltert. Auch Missstände wie Armut und Umweltzerstörung sind von Zensur im Internet betroffen.

Hingegen sind demokratische Länder von massiver Überwachung im Internet betroffen, die mit einer höheren Sicherheit für die Bürger sowie für das Land und auch mit dem Schutz vor Terrorismus begründet wird. Dazu werden der Datenverkehr gespeichert und die Rechte von Nutzern immer mehr eingeschränkt.

Zensur im Internet wird überwiegend durch staatliche Stellen ausgeübt, deshalb fokussiert sich der „Feinde des Internets 2013“-Bericht von „Reporter ohne Grenzen“ auf Behörden, die innerhalb eines Landes für Zensur und/oder Überwachung verantwortlich sind. Diese staatlichen Stellen haben umfangreiche Befugnisse und agieren zum Teil geheim oder ohne Kontrolle.

Zwischen Zensur und Selbstzensur

Um im Internet zu zensieren, können die Infrastruktur angegriffen, die Inhalte blockiert oder die Rechte der Nutzer eingeschränkt werden. Die radikalste Zensur ist, die Verbindung zum Internet zu unterbrechen. Das haben staatliche Stellen zeitweise getan – zumeist vor Wahlen oder wenn sich Proteste im eigenen Land ausbreiten, um die Bürger vermeintlich unter Kontrolle zu bringen. Durch „Denial of Service Attacks“ wird die Infrastruktur des Internets kurzzeitig angegriffen, dazu werden massenhaft Anfragen verschickt, um die Server zu überlasten, so dass die gespeicherten Websites nicht mehr aufrufbar sind. Diese Zensurmaßnahme kann nur für einen begrenzten Zeitraum umgesetzt werden.

Iran und Nordkorea verfolgen sogar das Konzept eines eigenen Netzwerks, das nicht mit dem weltweiten Internet verbunden ist. Solch ein landesweites Intranet wäre kontrollierbar und manipulierbar, indem nur systemkonforme Inhalte veröffentlicht werden. Unattraktiv wird die Internetnutzung auch, wenn nur eine niedrige Übertragungsrate für die Daten zur Verfügung steht oder der Zugang zum Internet so teuer ist, dass





sich durchschnittlich verdienende Bürger einen eigenen Anschluss oder einen Besuch im Internetcafé nicht leisten können.

Auf technischer Ebene

Die technische Zensur umfasst das Sperren oder Filtern von einzelnen Einträgen, Websites oder Diensten. Das geschieht, indem die Verbindung zwischen dem Gerät des Internetnutzers und dem Server mit den Daten unterbrochen oder manipuliert wird. Die meisten technischen Zensurmaßnahmen sind entweder sehr aufwändig oder nicht sehr genau, so dass zu viele oder zu wenige Websites blockiert werden. Einfache Methoden führen fast immer dazu, dass zu viele Informationen und Meinungen nicht erreichbar sind.

Aufgrund von Stichworten in der Webadresse oder von bestimmten Themen sind Websites komplett blockiert, ohne dass die einzelnen Inhalte geprüft werden. Diese pauschale und umfangreiche Zensur betrifft vor allem soziale Netzwerke, Blogs sowie Nachrichten- und NGO-Websites, die sich mit politischen und gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzen. Das funktioniert durch das Sperren von IP-Adressen, was zum so genannten Overblocking führen kann, weil häufig alle auf einem Server gespeicherten Websites blockiert werden, auch wenn diese nicht von der Zensur betroffen sein sollen. Das Manipulieren des DNS (Domain-Name-System) ist eine gezieltere Zensurmaßnahme, dazu wird die eingegebene Webadresse nicht in die dazu zugehörnde IP-Adresse auf dem Server umgewandelt und somit eine Fehlermeldung ausgegeben.

Suchmaschinen, Nachrichten und soziale Netzwerke werden auch auf inhaltlicher Ebene gefiltert, das bedeutet, dass Beiträge mit unerwünschten Stichworten nicht angezeigt oder keine Suchergebnisse geliefert werden. Dafür ist die „Deep Packet Inspection“ eine zuverlässige, aber teure Zensurmaßnahme. Mit dem Verfahren werden die Datenpakete, die vom Internetnutzer empfangen werden, in Echtzeit überprüft – und zwar nicht nur die technischen Daten im sogenannten Header, sondern auch der tatsächliche Inhalt im Datenpaket. Dies ist vergleichbar mit einem Postbo-

ten, der nicht nur die Empfänger-Adresse auf einem Brief liest, sondern auch den Umschlag öffnet und die Nachricht kontrolliert. Mit der „Deep Packet Inspection“ können recht genau die Inhalte ermittelt werden, die in einem Land unter die Zensur fallen. Diese dynamische Zensurmaßnahme lässt sich schwer umgehen, erfordert aber auch eine sehr hohe Rechenleistung, um die Datenpakete in Echtzeit zu prüfen.

Technisch ist das Internet recht leicht in Ländern zu zensurieren, in denen die Telekommunikationsanbieter ein Monopol besitzen oder sogar im staatlichen Besitz sind, dann wird der komplette Internetverkehr über einen Anbieter ermöglicht, welcher auch zensurieren kann. Häufig wird die technische Zensur im Internet von staatlichen Stellen an die Telekommunikationsanbieter delegiert, die sich verpflichten müssen, diese Methoden anzuwenden oder auch Filtersoftware zu installieren. Das tun die Unternehmen im vorausseilenden Gehorsam, um selbst nicht unter Druck zu geraten und vom Markt zu verschwinden.

Schließlich nutzen staatliche Stellen unterschiedliche Strategien, um die ausgeübte Zensur im Internet zu

Netzneutralität

Fehlende Netzneutralität kann als eine Form der Zensur im Internet angesehen werden. Ein Prinzip im Internet ist, dass alle Datenpakete gleichrangig versendet werden, unabhängig vom Inhalt und dem gebuchten Tarif beim Internetanbieter. Dieses sogenannte Best-Effort-Prinzip wollen Internetanbieter aus wirtschaftlichen Gründen ändern und somit die Netzneutralität abschaffen. Zum Beispiel erwägt die Telekom in Deutschland, keine echte Flatrate mehr anzubieten, sondern die Datengeschwindigkeit nach einem verbrauchten Datenvolumen zu drosseln. Dann werden nur noch eigene Internetangebote und sogenannte „managed services“ – nämlich Internetangebote, die dafür bezahlen – mit der üblichen Datengeschwindigkeit zum Nutzer geleitet. Das entspricht nicht der Netzneutralität, und finanzschwache oder auch unliebsame Internetangebote würden durch die Drosselung kaum noch nutzbar und kaum noch sichtbar sein. Zuletzt hat das EU-Parlament im April 2014 die Netzneutralität definiert und festgeschrieben, die nun in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden muss.

- Themenseite zur Internetfreiheit von „Reporter ohne Grenzen“
Kurzlink: www.grimme-institut.de/d/562797
- Themenseite zu Internetsperren von heise.de
Kurzlink: www.grimme-institut.de/d/124241
- Podiumsdiskussion „Geheimdienste vs Demokratie?“ bei der re:publica am 6. Mai 2014
Kurzlink: www.grimme-institut.de/d/542070
- „Selbstversuch zur Internet-Zensur: Eine Reise in die ‚chinesische‘ Türkei“ – Artikel von Torsten Dewi, hyperland vom 25. Januar 2013
Kurzlink: www.grimme-institut.de/d/265829
- „Access“-Bücherreihe der „OpenNet Initiative“ (in Englisch)
http://access.opennet.net
- Video zur Netzneutralität von Blinkenlichten Produktionen
http://netzneutralitaet.cc
- Wikipedia-Artikel zum Zugangerschwerungsgesetz
Kurzlink: www.grimme-institut.de/d/574488
- Projekt „Zensur im Internet – auch in der Schweiz?“
http://www.internet-zensur.ch

verbergen: Häufig erscheint eine echte oder gefälschte Fehlermeldung oder Internetnutzer werden auf andere, angepasste Websites umgeleitet. Nur selten wird ein Hinweis angezeigt, dass die angeforderte Website blockiert wird.

Es ist darüber hinaus kritisch zu sehen, dass Firmen in demokratischen Ländern einerseits die Technik entwickeln, um die Zensur im Internet zu ermöglichen und andererseits in autoritäre Länder exportieren, die diese Technik nutzen, um das eigene Kontrollsystem zu perfektionieren. In Deutschland sind es etwa 20 und weltweit etwa 200 Firmen, sagte Katja Gloger von „Reporter ohne Grenzen“ bei der re:publica im Mai 2014. Auf deutscher und europäischer Ebene wurde bereits diskutiert, den Export solcher Technik zu kontrollieren – noch ohne konkretes Ergebnis.

Gegenmaßnahmen

Nahezu alle technischen Zensurmaßnahmen können Internetnutzer umgehen, so dass es zum ständigen Katz-und-Maus-Spiel zwischen Zensoren und Nutzern kommt. VPN-Clients, offene Proxys oder der TOR-Browser können helfen, blockierte Websites aufzurufen. Deshalb wird ständig versucht, auch diese Hilfsmittel unzugänglich zu machen.

Websites, die aufgrund von unerwünschten Wörtern in der Webadresse oder der IP-Adresse gesperrt sind, lassen sich durch eine geänderte Webadresse oder einen anderen Server wieder erreichen. Ein manipuliertes DNS kann umgangen werden, indem man die IP-Adresse, bestehend aus einer Zahlenfolge, direkt in den Browser eintippt oder für die Webadresse einen anderen, unzensurierten DNS-Server in den Browser-Einstellungen einträgt.

Ein Proxy agiert stellvertretend für den Internetnutzer, der als Absender und Empfänger unerkannt bleibt. Ein VPN-Client oder der TOR-Browser senden Anfragen für Websites durch eine Art „Tunnel“, so dass der tatsächliche Nutzer und dessen Standort nicht direkt zu identifizieren sind. Dann kann die auf Länder beschränkte Zensur nicht greifen und blockierte Websites werden angezeigt. Hinsichtlich inhaltlicher Zensur weichen Internetnutzer immer wieder auf unverdächtige Codewörter aus oder verwenden verschiedene Speichermedien wie USB-Sticks, um Inhalte aus dem Internet offline weiterzugeben.

Auf gesellschaftlicher Ebene

Wie beschrieben sind technische Zensurmaßnahmen im Internet sehr teuer und nicht zuverlässig. Wirkungsvoller ist die Selbstzensur, indem Druck auf die Internetnutzer ausgeübt wird. Zum Beispiel, wenn sie keine Möglichkeit haben, anonym zu bleiben: In vielen Ländern ist es notwendig, sich für einen eigenen Internetanschluss zu registrieren oder eine Erlaubnis zu holen. In Internetcafés müssen sich Kunden ausweisen und die Besitzer sind dazu verpflichtet, die persönlichen Daten zu speichern oder den Internetverkehr zu protokollieren und teilweise an staatliche Stellen weiterzureichen. Auf diese Weise werden Internetnutzer grundsätzlich unter Verdacht gestellt und dazu angehalten, sich systemkonform zu verhalten. Ein erster Schritt, um Selbstzensur zu fördern.

Ein nächster Schritt ist, mit Druck gegen Online-Journalisten, Blogger und Internetaktivisten vorzugehen. „Freedom House“ hat ermittelt, dass in 26 Ländern gegen Internetnutzer und Blogger gewalttätig vorgegangen wird, am schlechtesten ist die Situation in Syrien, das sich im Bürgerkrieg befindet. Dort hat es laut „Reporter ohne Grenzen“ im Jahr 2013 die meisten Opfer gegeben. „Einfache Bürger dokumentieren dort unter Lebensgefahr die Gewalt und den Alltag und kämpfen so gegen Zensur und Nachrichtensperren der Kriegsparteien an“, steht in der Jahresbilanz. Weltweit wurden 39 Bürgerjournalisten und Blogger bei der Arbeit getötet sowie 127 weitere Blogger und Internetaktivisten festgenommen, die somit an ihrer Arbeit gehindert werden. Bei den inhaftierten Bloggern und Internetaktivisten führen China mit 70 und Iran mit 51 betroffenen Menschen die Negativliste an.

Fehlende Anonymität, körperliche Gewalt, unverhältnismäßige Festnahmen, aber auch Überwachung führen zu Selbstzensur, die aufgrund der direkten Auswirkungen auf das eigene Leben wirksamer ist als technische Zensur im Internet. Zudem ist Selbstzensur nicht einfach zu belegen, denn staatliche Stellen setzen auf Strafen von persönlicher Benachteiligung bis zu körperlicher Gewalt, statt das Internet direkt zu zensurieren.

Nicht zuletzt werden die Rechte von Internetnutzern durch umfassende Überwachung und fehlenden Datenschutz verletzt – zwei Aspekte, die auch in demokratischen Ländern stark zugenommen haben und zu Selbstzensur führen können.

Quellen

- „Feinde des Internets 2013“ – Bericht von „Reporter ohne Grenzen“
Kurzlink: www.grimme-institut.de/d/997436
- „Freedom on the Net 2013“ – Bericht von „Freedom House“ (in Englisch)
Kurzlink: www.grimme-institut.de/d/689068
- Länderprofile der „OpenNet Initiative“ (in Englisch)
Kurzlink: www.grimme-institut.de/d/725013

- Artikelserie zu Internet-Zensur von Mike Kuketz
Kurzlink: www.grimme-institut.de/d/443225
- Weltkarte der blockierten sozialen Netzwerke der „OpenNet Initiative“
Kurzlink: www.grimme-institut.de/d/592540
- „Auch in der Schweiz wird das Internet zensiert“ – Artikel von Sascha Renner, SRF vom 5. Januar 2014
Kurzlink: www.grimme-institut.de/d/122352

Situation in Deutschland

Das Internet ist auch in Deutschland nicht uneingeschränkt zugänglich: Gesetzlich verboten sind Websites, die nationalsozialistische Verbrechen verherrlichen oder den Holocaust leugnen, während diese Inhalte in anderen Ländern unter die Meinungsfreiheit fallen. Im Vergleich zu anderen Ländern zeigt Google in Deutschland auch gefilterte Suchergebnisse an, wenn nach nationalsozialistischen Stichworten gesucht wird. Knapp 2.000 Websites hat die Bundesprüfstelle im Jahr 2010 indiziert, schreibt die „OpenNet Initiative“ im Länderbericht zu Deutschland. Diese „schwarze Liste“ werde an Suchmaschinen übermittelt, um die Websites aus den Suchergebnissen zu entfernen.

Und im Sommer 2009 beschloss die Bundesregierung das Zugangerschwerungsgesetz, um den Zugriff auf kinderpornografisches Material im Internet zu erschweren. Dazu sollte das Bundeskriminalamt eine geheime Liste von Websites verwalten und an die Internetanbieter geben. Nach Protesten gegen diese Internet-Sperrlisten und für die Bekämpfung von Kinderpornografie wurde das Gesetz nie angewendet und Ende 2011 wieder abgeschafft.

Mit „Blacklist“ haben die Künstler Christoph Wachtel und Mathias Jud aus Berlin eine Maschine entwickelt, die vergleicht, welche Inhalte – speziell Bilder – von einzelnen Ländern im Internet zensiert werden. In Deutschland warf „Blacklist“ vor allem Bilder aus Foren für Magersüchtige aus, die abgeschaltet wurden. Ebenfalls haben einzelne Internetanbieter zeitweise pornografische Websites nicht zugelassen, Youtube-Videos aufgrund von Urheberrechtsverletzungen nicht angezeigt und auch das Foto-Netzwerk flickr ist teilweise nicht erreichbar gewesen.

Problematische Sperrlisten

Es ist nachvollziehbar, dass nationalsozialistische oder kinderpornografische Inhalte im Internet am besten nicht zugänglich sein und weiterverbreitet werden sollten. Dennoch sind Internet-Sperren immer problematisch: Sperrlisten sind nicht öffentlich, um keine zusätzliche Aufmerksamkeit zu erzeugen, und somit

auch schwer zu überprüfen. Es stellt sich die Frage, ob tatsächlich nur Websites, die auf geheimen Sperrlisten stehen oder verbotene Inhalte enthalten, nicht zugänglich sind.

Wenn sich Internetsperren auf politischer Ebene einmal etabliert haben, werden auch weitere Interessen laut: Aufgrund von punktuellen Ereignissen oder einer starken Lobby wurden auch in Deutschland schon Sperren für Killerspiele, Glücksspiele, gewalttätige Inhalte oder urheberrechtlich bedenkliche Inhalte gefordert. Die Grenzen der Legitimität solcher Anliegen sind immer schwer zu definieren. Laut „OpenNet Initiative“ wird beispielsweise in Großbritannien und Frankreich schon gefiltert, um Urheberrechtsverletzungen zu vermeiden.

Nicht zuletzt führen die Enthüllungen zu den Überwachungsprogrammen in den USA und Großbritannien zu der Annahme, dass staatliche Stellen alle technischen Möglichkeiten nutzen und teilweise unkontrolliert agieren.

Impressum

Die Erstellung dieser Broschüre wurde von der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert. Sie kann kostenlos unter www.grimme-institut.de/imblickpunkt heruntergeladen werden.

Grimme-Institut
Gesellschaft für Medien, Bildung und Kultur mbH
Eduard-Weitsch-Weg 25 • D-45768 Marl
Tel: +49 (0) 2365 9189-0 • Fax: +49 (0) 2365 9189-89
E-Mail: info@grimme-institut.de
Internet: www.grimme-institut.de

Text: Christina Quast
Redaktion: Annette Schneider
Gestaltung und Layout: Georg Jorczyk
Bildquellen: fotandy (S. 1), MPower (S. 1 u. 2), ra2 studio (S. 1 u. 3),
gunnar 3000 (S. 1 u. 4); alle Fotolia.com

Redaktionsschluss: Juni 2014



ClimatePartner
klimaneutral
Druck | ID: 10956-1407-1002